

Arbeitsorganisation:	
Gute Erfahrungen mit dem Home Office	2
Arbeitsmarkt: Leiharbeit – Selbst Ingenieure	
liegen beim Lohn zurück	3
Bildung:	
Hauptschüler ohne Ticket für die Lehre	4
Zufriedenheit: Gut gelaunte Steuerzahler	6
Weiterbildung: Lernen wird Teil der Arbeit	6
Finanzmarktkrise:	
1998 – Generalprobe für den Kollaps	7
TrendTableau	8

GENDER

West-Müttern bleibt oft nur Teilzeit

Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in Teilzeit, aber nur 8,1 Prozent der Männer. Die Betreuung von Kindern ist ein wichtiger Grund dafür – besonders in Westdeutschland.

In Deutschland sind immer mehr Frauen berufstätig. Zwischen 1991 und 2010 stieg ihre Erwerbstätigenquote von 57 auf 66 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahm die Quote der Männer leicht ab, von 78,4 auf 75,9 Prozent. Doch trotz steigender Erwerbstätigkeit der Frauen ist ihre berufliche Gleichstellung kaum vorangekommen. Große geschlechtsspezifische Lücken bestehen zum Beispiel bei der Arbeitszeit; hier werden die Unterschiede sogar größer. Das zeigen neue Auswertungen des WSI GenderDatenPortals.* In Ostdeutschland arbeiten 35,1 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen in Teilzeit, im Westen sogar 50,7 Prozent. Im europäischen Vergleich ist das ein sehr hoher Wert. Die Teilzeitquote der Männer ist im Osten wie im Westen viel niedriger: Bei ihnen haben 10,6 beziehungsweise 7,5 Prozent keine volle Stelle.

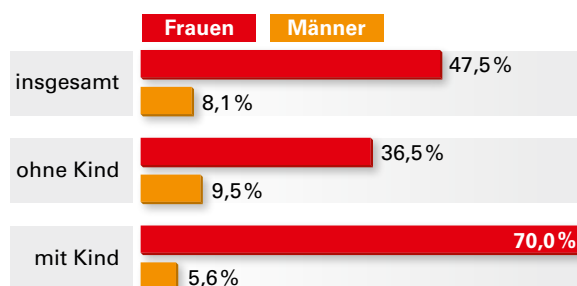
Kinder beeinflussen die Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter – wenn auch in unterschiedlicher Richtung, so die WSI-Analyse. Bei den erwerbstätigen Frauen ohne minderjährige Kinder arbeitet nur jede Dritte in Teilzeit, bei den Müttern sind es mehr als zwei Drittel. Jeder 10. Mann ohne Kinder übt einen Teilzeitjob aus, aber nur jeder 20. Vater. Auch bei den Müttern bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Drei Viertel der erwerbstätigen West-Mütter arbeiten in Teilzeit, im Osten ist es mit 46 Prozent nicht einmal die Hälfte.

Grundlage des WSI GenderDatenPortals sind die jüngsten Ergebnisse des Mikrozensus, einer repräsentativen Haushaltsbefragung. Hier zeigt sich ebenfalls: Familienpflichten – das kann auch die Pflege von Angehörigen sein – nennen Frauen weitaus häufiger als Grund für einen Teilzeitjob. Für die Hälfte der weiblichen Erwerbstätigen und sogar mehr als drei Viertel der Mütter sind familiäre Verpflichtungen ausschlaggebend. Dagegen arbeiten zwei Fünftel aller Väter mit Teilzeitstellen nur deshalb weniger Stunden, weil sie keine Vollzeittätigkeit finden. Familiäre Aufgaben gaben lediglich 23,4 Prozent der wenigen Teilzeitväter als Grund an.

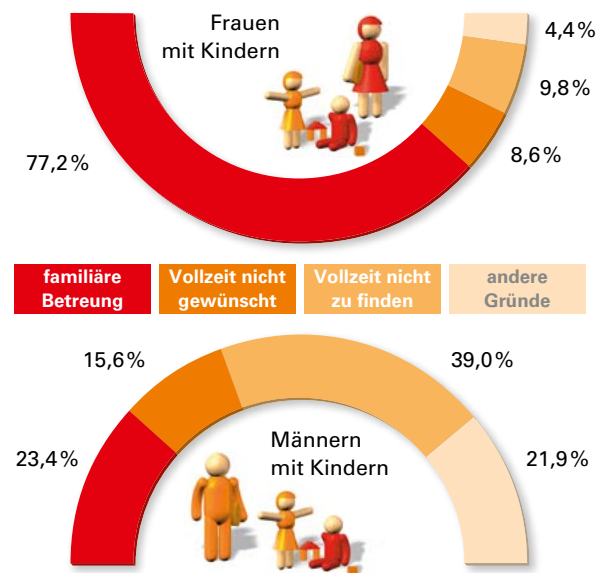
„Spätestens beim Eintritt ins Rentenalter wirkt es sich besonders für Mütter negativ aus, dass ihnen aufgrund der Teilzeitarbeit oft keine existenzsichernde Altersvorsorge möglich ist“, kommentiert WSI-Projektleiterin Christina Klenner die

Mütter in Teilzeit, Väter in Vollzeit

Von allen Erwerbstätigen* arbeiten in Teilzeit ...



Die Gründe für ihre Teilzeitbeschäftigung sind bei ...



* aktiv Erwerbstätige ohne vorübergehend Beurlaubte
Quelle: WSI GenderDatenPortal 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Ergebnisse. „Deshalb ist es dringend nötig, die Anreize zu beseitigen, die Frauen in Minijobs drängen. Gebraucht werden existenzsichernde Teilzeitarbeit und kurze Vollzeit.“

* Quelle: WSI GenderDatenPortal: Grafikblätter zu den Themen Erwerbstätigkeit und Arbeitszeiten, Aktualisierung im Februar 2013
Link zu den Datenblättern unter boecklerimpuls.de

Gute Erfahrungen mit dem Home Office

Einer britischen Studie zufolge macht die Möglichkeit zur Telearbeit Beschäftigte insgesamt zufriedener. Es gibt allerdings geschlechtsspezifische Unterschiede.

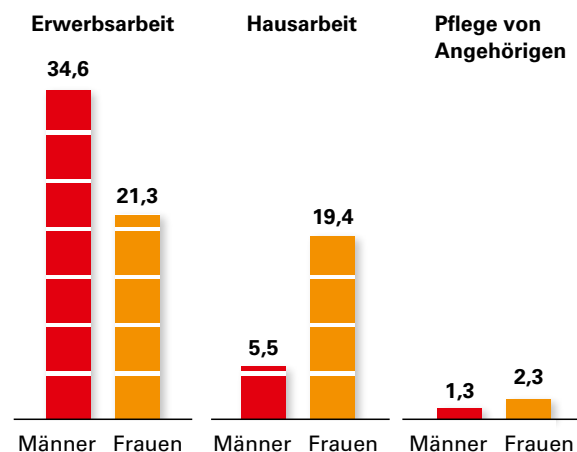
Wenn von ihrem Arbeitsplatz die Rede ist, dürften die meisten Beschäftigten an ein Büro, Geschäftsräume oder eine Fabrik denken. Telearbeiter hingegen können ihren Job zumindest teilweise auch in der eigenen Wohnung erledigen. Die strukturellen Merkmale dieser Beschäftigungsform und die Zufriedenheit von Frauen und Männern mit Heimarbeitsplätzen hat der Ökonom Dan Wheatley von der Nottingham Trent University untersucht.* Das Ergebnis seiner empirischen Analyse: Wer zu Hause arbeitet, ist sowohl mit der Arbeit als auch der Freizeit überdurchschnittlich zufrieden. Telearbeiterinnen opfern allerdings einen erheblichen Teil ihrer verbleibenden Zeit für den Haushalt.

Bisherige Studien zu den Auswirkungen von Telearbeit seien zu ambivalenten Ergebnissen gekommen, konstatiert Wheatley. Einerseits erspare sie Beschäftigten die Anreise zum Arbeitsplatz und erhöhe die zeitliche Autonomie. Beides könne zu einer verbesserten Work-Life-Balance beitragen. Andererseits bestehe die Gefahr, dass die Grenze zwischen Arbeit und Privatem verschwimmt, dass beispielsweise Technologien zur Kontrolle von Arbeitnehmern in die häusliche Umgebung Eingang finden. Wegen des fehlenden direkten Kontakts zu Kollegen sei es für Heimarbeiter schwieriger, soziale Netzwerke aufrechtzuerhalten. Besonders in Unternehmen mit einer ausgeprägten Anwesenheitskultur drohten ihnen Karriere Nachteile.

Wie sich Telearbeit in Großbritannien entwickelt, hat der Wirtschaftswissenschaftler anhand des British Household Panel Survey untersucht, einer jährlich wiederholten repräsentativen Befragung von über 5.000 britischen Haushalten. Seinen Berechnungen zufolge arbeiteten 2009 etwa 2 Prozent der Beschäftigten hauptsächlich zu Hause, Mitte der 1990er-Jahre waren es 1,4 Prozent. Frauen stellen die Hälfte der Heimarbeiter, Mütter mit Kindern sind überrepräsentiert.

Telearbeiterinnen arbeiten doppelt

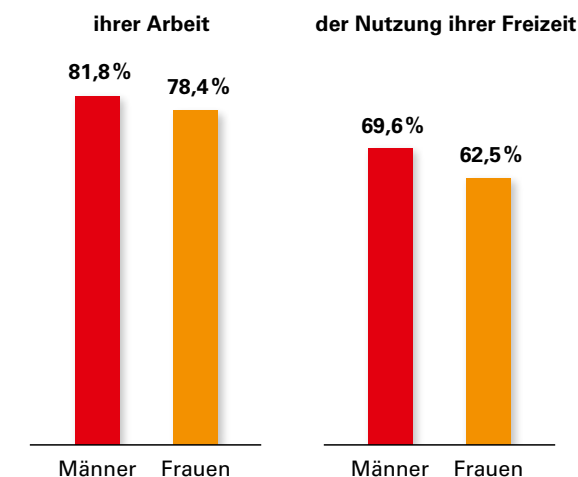
So viele Stunden verbringen Telearbeiter in Großbritannien pro Woche mit ...



Quelle: British Household Panel Survey 1993–2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Zu Hause zufrieden

Telearbeiter in Großbritannien sind zufrieden mit ...



Quelle: British Household Panel Survey 1993–2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Das deutet darauf hin, so Wheatley, dass traditionelle Vorstellungen von der Aufgabenverteilung in Familien oft eine Rolle spielen, wenn Frauen zu Hause arbeiten.

Für diese Vermutung sprechen auch die Unterschiede bei den Arbeitszeiten: Während männliche Telearbeiter im Schnitt 34,6 Stunden pro Woche erwerbstätig sind, kommen Telearbeiterinnen nur auf 21,3 Stunden. Umgekehrt sieht es bei der Hausarbeit aus: Männer, die zu Hause arbeiten, engagieren sich wöchentlich 5,5 Stunden im Haushalt, Frauen dagegen 19,4 Stunden. Hinzu kommen 1,3 Stunden für die Pflege von alten oder kranken Angehörigen bei den männlichen und 2,3 Stunden bei den weiblichen Telearbeitern. Viele Frauen, resümiert der Ökonom, nutzten das Home Office offenbar, um parallel zur Erwerbsarbeit ihren häuslichen Verpflichtungen nachgehen zu können. Insgesamt unterscheiden sich ihre Arbeitsbelastung trotz der kürzeren Arbeitszeiten nicht wesentlich von derjenigen der Männer oder anderer berufstätiger Frauen.

Bei der Arbeitszufriedenheit schneiden sowohl männliche als auch weibliche Telearbeiter besser ab als Beschäftigte, die auf dem Gelände ihres Arbeitgebers oder unterwegs arbeiten – auch dann, wenn Faktoren wie das Alter, die Wochenarbeitszeit oder die berufliche Position herausgerechnet werden. Auch mit ihrer Freizeit sind Heimarbeiter unabhängig vom Geschlecht zufriedener. Bei Frauen sind die Unterschiede in der Zufriedenheit allerdings stärker ausgeprägt im Hinblick auf die Erwerbsarbeit als hinsichtlich der Freizeit. Ein möglicher Grund: die überdurchschnittlich hohe Belastung durch Hausarbeit bei Telearbeiterinnen. ◀

* Quelle: Dan Wheatley: Good to be home? Time-use and satisfaction levels among home-based teleworkers, in: New Technology, Work and Employment 3/2012

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Leiharbeit: Selbst Ingenieure liegen beim Lohn zurück

Auch Hochqualifizierte in Technikberufen werden als Leiharbeiter beschäftigt oder in Fremdfirmen entsandt. Sie verdienen teilweise ein Fünftel weniger als die Stammbeschäftigten.

Ingenieure, IT-Experten und Techniker, die als Leiharbeiter oder von ihren Arbeitgebern in anderen Firmen eingesetzt werden, verdienen in der Regel weniger als Stammbeschäftigte und müssen teilweise länger arbeiten. Trotzdem fällt ihre Arbeitszufriedenheit nicht schlechter aus. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des WSI, die auf einer Online-Umfrage des Webportals lohnspiegel.de beruht.* WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck und Evelyn Stoll haben die Aussagen von über 28.500 Arbeitnehmern in Technikberufen aus den Jahren 2006 bis 2012 ausgewertet. Rund 1.400 der Befragten waren als Leiharbeiter oder im Fremdfirmeneinsatz tätig. „Unsere Untersuchung zeigt deutliche Benachteiligungen dieser Beschäftigten und damit auch konkrete Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen“, so Bispinck. Die Daten der Stichprobe seien zwar nicht repräsentativ, aufgrund der hohen Fallzahl aber durchaus aussagekräftig.

Einkommen. Der Studie zufolge gibt es ein klares Einkommensgefälle: Die Leiharbeiter verdienen deutlich weniger als andere Beschäftigte. Bei den Ingenieuren beträgt der Abstand zu den Stammkraften 18,4 Prozent, bei den Technikern 18,5 Prozent und bei den IT-Berufen sogar 22,1 Prozent. Außerdem erhalten Leiharbeiter und Arbeitnehmer im Fremdfirmeneinsatz meistens seltener Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld oder Gewinnbeteiligungen.

Tarifbindung. Wichtig für das Einkommen ist auch, ob für die Beschäftigten ein Tarifvertrag gilt oder nicht.

Die Tarifbindung wirkt sich bei Stammbeschäftigten und bei Arbeitnehmern im Fremdfirmeneinsatz positiv auf die Lohnhöhe aus. Pro Monat verdienen sie zwischen 150 und 900 Euro mehr als Beschäftigte ohne Tarifbindung. Leiharbeiter profitieren hingegen nicht von Tarifverträgen. Laut Bispinck hängt dies möglicherweise damit zusammen, dass die für Leiharbeiter ausgehandelten Tarife deutlich unter den Branchentarifen liegen. Daher könnten Verleihunternehmen Ingenieure, IT-Experten oder Techniker ohnehin nur gewinnen, wenn sie mehr als den Leiharbeitstarif bezahlen.

Arbeitszeit. Die tatsächliche Arbeitszeit fällt im Vergleich zur vertraglichen Arbeitszeit bei allen Befragten merklich länger aus. Besonders groß ist diese Differenz bei Arbeitnehmern im Fremdfirmeneinsatz. 17 Prozent von ihnen geben eine ver-

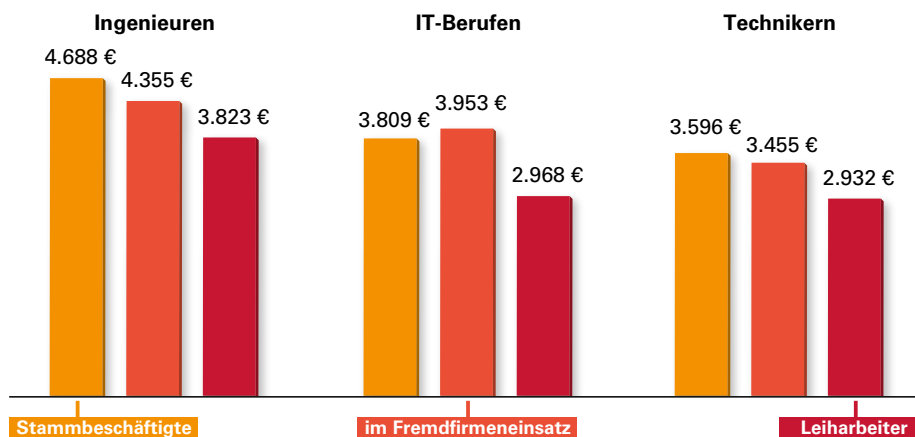
tragliche Wochenarbeitszeit von mehr als 40 Stunden an, die tatsächliche Arbeitszeit liegt hingegen bei fast zwei Dritteln über 40 Stunden.

Befristung. Befristete Verträge kommen bei Stammbeschäftigten insgesamt seltener vor als bei Leiharbeitern und Arbeitnehmern, die bei einer Fremdfirma beschäftigt sind. Mit Abstand am stärksten sind Leiharbeiter im IT-Bereich betroffen. Über ein Viertel von ihnen muss sich mit befristeter Beschäftigung begnügen. Von den Stammkraften in der IT-Branche arbeiten laut der Analyse 8,6 Prozent, von den Beschäftigten im Fremdfirmeneinsatz 7,3 Prozent mit einem befristeten Vertrag.

Zufriedenheit. Mit ihrer Arbeit sind die Beschäftigten im Fremdfirmeneinsatz und die Stammbeschäftigten überdurchschnittlich zufrieden: Auf einer Skala von 1 bis 5 erreicht ihre Zufriedenheit im Schnitt jeweils den Wert 3,6. Der Wert

Technische Berufe: Leiharbeit mit Lohnabschlag

Das monatliche Bruttoeinkommen beträgt ohne Sonderzahlungen bei ...



Online-Umfrage 2006–2012 unter 28.500 Arbeitnehmern in Technikberufen; Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

der Leiharbeiter entspricht mit 3,4 dem Mittelwert für alle Beschäftigten im Lohnspiegel-Datensatz. Die Zufriedenheit mit der Bezahlung fällt bei den Leiharbeitern am geringsten aus: 44 Prozent sind weniger oder überhaupt nicht zufrieden, im Vergleich zu 34 Prozent bei den anderen beiden Beschäftigtengruppen. Nur 5 Prozent der Leiharbeiter, 7 Prozent der Arbeitnehmer im Fremdfirmeneinsatz und 8 Prozent der Stammbeschäftigten sind in jeder Hinsicht mit ihrem Gehalt zufrieden. ◀

* Quelle: Reinhard Bispinck, Evelyn Stoll: Ingenieure, IT-Experten und Techniker in Leiharbeit und Fremdfirmeneinsatz – Eine Analyse der Einkommens- und Arbeitsbedingungen auf Basis der WSI-Lohnspiegel-Datenbank, Arbeitspapier 02/2013, Düsseldorf, Februar 2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

Hauptschüler ohne Ticket für die Lehre

Auch wenn das duale Ausbildungssystem formal jedem offensteht: Faktisch stellen Unternehmen bevorzugt Abiturienten und Realschüler ein. Gestiegene Anforderungen oder schlechtere Leistungen können aber allenfalls einen Teil der Schwierigkeiten von Hauptschülern erklären.

Obwohl die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland im internationalen Vergleich gering ist, fällt der Einstieg ins Arbeitsleben vielen jungen Leuten schwer. Wer nicht wenigstens über einen mittleren Schulabschluss verfügt, findet meist nicht ohne Weiteres eine Ausbildungsstelle. Die ist aber gerade hierzulande von entscheidender Bedeutung. Die Forschung zeigt, „dass in Deutschland die zentrale Scheidelinie auf dem Arbeitsmarkt zwischen Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und denen ohne Berufsausbildung verläuft“, so die Arbeitsmarktexpertinnen Heike Solga und Laura Menze vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).^{*} Daher hänge der weitere Lebens- und Erwerbsverlauf junger Menschen in der Bundesrepublik stärker vom Zugang zu Ausbildung ab als anderswo. Die Arbeitslosenquoten von Menschen ohne Ausbildung sind den Wissenschaftlerinnen zufolge in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen und liegen um das Drei- bis Vierfache über dem Durchschnitt.

Etwa 15 Prozent aller 20- bis 24-Jährigen haben keine Berufsausbildung abgeschlossen und befinden sich auch in keiner – betrieblichen, schulischen oder universitären – Ausbildung. Dieser Anteil hat sich seit Mitte der 1990er-Jahre kaum verändert. Ohne Abschluss fehlt diesen jungen Leuten die „Eintrittskarte zum beruflich strukturierten Arbeitsmarkt“, schreiben die Wissenschaftlerinnen in einem aktuellen Überblick zur Situation im System der Berufsbildung.

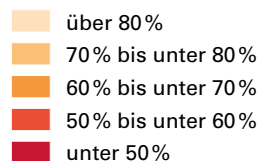
Notlösung Übergangssystem. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze hängt vom Angebot der Unternehmen ab

– und fällt den Expertinnen zufolge regelmäßig geringer aus als die Nachfrage der Jugendlichen. Die entstehende Lücke soll das so genannte Übergangssystem mit unterschiedlichen berufsvorbereitenden und berufsschulischen Angeboten, die zu keinem voll qualifizierenden Abschluss führen, schließen. Gerade Jugendliche, die im allgemeinbildenden Schulsystem Schwierigkeiten hatten, müssen häufig mit Übergangsmaßnahmen Vorlieb nehmen. 2010 traf das auf fast drei Viertel der Schulabgänger ohne Abschluss und beinahe die Hälfte der Hauptschulabsolventen zu.

Zwar vermeidet das Übergangssystem zumindest Arbeitslosigkeit, aber „der erfolgreiche Abschluss einer Maßnahme stellt“, so die WZB-Forscherinnen, „weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für die Verbesserung der Ausbildungschancen dar“. Zudem erfüllt das Übergangssystem nach ihren Untersuchungen nicht den Anspruch, die Gruppe der schulisch schwächeren Jugendlichen insgesamt in eine bessere Startposition zu bringen. Nach Abschluss der Übergangsmaßnahmen seien die Unterschiede in

Berufsausbildung in Deutschland

Von allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen* fanden 2010 eine Lehrstelle ...



*nach Arbeitsagenturbezirken;
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung 2011, Berechnungen Ulrich 2013
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

den Abschlüssen der Teilnehmer größer als vorher – soziale Ungleichheiten des allgemeinbildenden Schulsystems würden „eher verstärkt als abgebaut“.

Nicht ausbildungsfähig? Arbeitgeber machen für die Schwierigkeiten von Hauptschülern bei der Lehrstellensuche häufig eine „mangelnde Ausbildungsreife“ verantwortlich. Zwar schnitten Jugendliche im Übergangssystem im Schnitt schlechter in Lese-, Mathe- oder Englischtests ab als andere Jugendliche, stellen Solga und Menze fest. Allerdings gebe es hier auch Schüler mit guten Leistungen. Das heißt, diese jungen Menschen mit einem guten Hauptschul- oder einem

mittleren Schulabschluss haben teilweise keine betriebliche Lehrstelle gefunden. Dies spricht gegen die pauschale Unterstellung fehlender Ausbildungsreife.

Höhere Anforderungen? Eine andere Erklärung für die Probleme Jugendlicher ohne mittlere Reife oder Abitur könnten gestiegene Anforderungen der Arbeitswelt sein – Stichwort Wissensgesellschaft. Dies müsste sich an veränderten Ausbildungsinhalten ablesen lassen, so die WZB-Wissenschaftlerin Paula Protsch.* Sie hat deshalb untersucht, wie sich die Ausbildungsrahmenpläne der bundesweit gültigen Ausbildungsordnungen im dualen System in den vergangenen Jahrzehnten verändert haben. Ihr Ergebnis: Von

erheblich gestiegener Anforderungen haben Hauptschüler immer noch vergleichsweise gute Chancen auf eine Azubi-Stelle, zum Beispiel als Kaufmann im Einzelhandel.

Lehrstellenmangel und Bildungsexpansion. Als Hauptgrund für die schlechten Chancen von Hauptschülern sehen die WZB-Forscherinnen den Mangel an Lehrstellen, die für diese Bildungsgruppe erreichbar sind. Der Markt allein gewährleiste offenbar keine „vollständige Integration aller ausbildungssuchenden Jugendlichen“. Die wachsende Konkurrenz durch Bewerber mit höheren Schulabschlüssen führt zu verringerten Ausbildungschancen: Wo eine Generation zuvor noch ein Hauptschulabschluss ausgereicht hat, bestehen die

Hauptschüler: Knapp die Hälfte findet keinen Einstieg

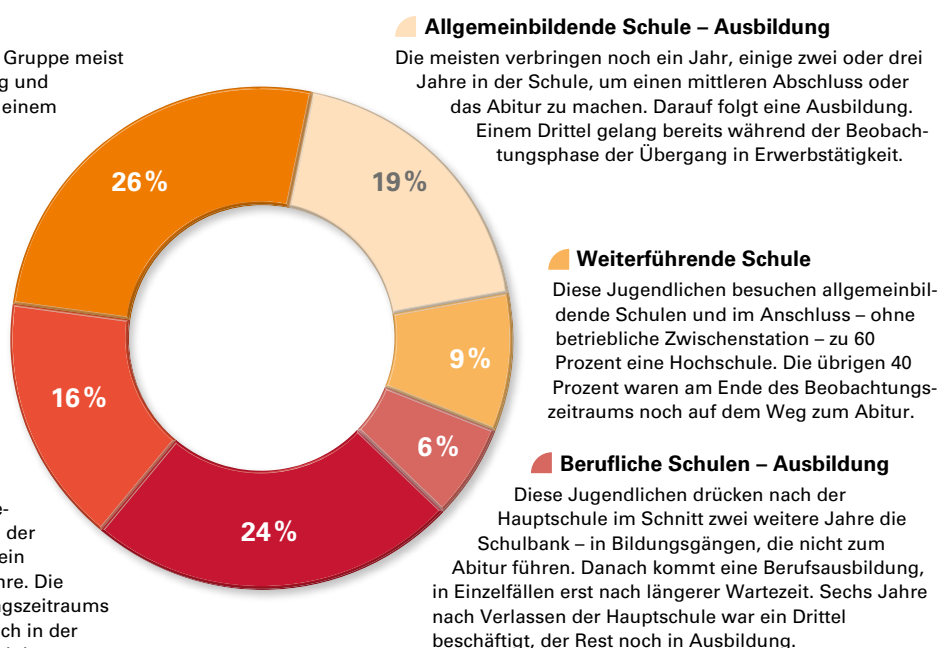
So verlaufen – laut Übergangspanel des Deutschen Jugendinstituts (DJI)* – die ersten sechs Jahre nach der Hauptschule:

Direkteinstieg in Ausbildung

Der Berufseinstieg verläuft in dieser Gruppe meist nahezu bruchlos: Schule, Ausbildung und anschließende Erwerbstätigkeit. Bei einem kleinen Teil schließt sich an die (in einigen Fällen abgebrochene) Erstausbildung eine zweite an. Etwa jeder Zehnte steht nach abgeschlossener Lehre ohne Job da.

Berufsvorbereitung – Ausbildung

Hier liegt zwischen dem Ende der Schulzeit und Ausbildungsbeginn eine Vorbereitungsphase durch das Übergangssystem: Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder berufsvorbereitende Maßnahme. In drei Vierteln der Fälle dauert diese Übergangsphase ein Jahr, bei den übrigen meist zwei Jahre. Die Hälfte war am Ende des Beobachtungszeitraums erwerbstätig, 35 Prozent steckten noch in der Ausbildung, 15 Prozent waren ohne Job.



Allgemeinbildende Schule – Ausbildung

Die meisten verbringen noch ein Jahr, einige zwei oder drei Jahre in der Schule, um einen mittleren Abschluss oder das Abitur zu machen. Darauf folgt eine Ausbildung. Einem Drittel gelang bereits während der Beobachtungsphase der Übergang in Erwerbstätigkeit.

Weiterführende Schule

Diese Jugendlichen besuchen allgemeinbildende Schulen und im Anschluss – ohne betriebliche Zwischenstation – zu 60 Prozent eine Hochschule. Die übrigen 40 Prozent waren am Ende des Beobachtungszeitraums noch auf dem Weg zum Abitur.

Berufliche Schulen – Ausbildung

Diese Jugendlichen drücken nach der Hauptschule im Schnitt zwei weitere Jahre die Schulbank – in Bildungsgängen, die nicht zum Abitur führen. Danach kommt eine Berufsausbildung, in Einzelfällen erst nach längerer Wartezeit. Sechs Jahre nach Verlassen der Hauptschule war ein Drittel beschäftigt, der Rest noch in Ausbildung.

Problematische Verläufe

Diese Erwerbsverläufe sind häufig vom Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und unqualifizierter Arbeit bestimmt. Die Mehrheit ist allerdings nicht von Anfang an in dieser prekären Situation. Die betroffenen Jugendlichen haben zunächst meist Kurse zur Berufsvorbereitung besucht oder an anderen Maßnahmen des Übergangssystems teilgenommen – aber im Anschluss keine Azubi-Stelle bekommen. Andere Ausgangspunkte sind abgebrochene Lehren oder Schulausbildungen. Ungefähr einem Fünftel gelingt es, im fünften oder sechsten Jahr nach der Hauptschule doch noch eine Ausbildungsstelle zu finden.

* Das DJI-Panel beruht auf den Biografien von 900 Jugendlichen, die zu Beginn der Erhebung im letzten Schuljahr einer Hauptschule oder des Hauptschulzweigs einer anderen Schulform waren. Quelle: Boris Geier: Die berufliche Integration von Jugendlichen mit Hauptschulbildung, in: WSI-Mitteilungen 1/2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

„einem allgemeinen Trend kognitiv komplexer werdender Lernanforderungen“ könne keine Rede sein. Zwar gibt es durchaus Berufe, in denen heute komplexeres Wissen oder mehr soziale Kompetenzen erforderlich sind als vor 20 oder 30 Jahren; zum Beispiel in den für Hauptschüler heute nur schwer erreichbaren Ausbildungsberufen im Elektro- oder Gesundheitsbereich. Die Ausbildungsordnungen von bürokaufmännischen Berufen haben sich dagegen kaum verändert. Trotzdem stellen Betriebe hier kaum noch Hauptschüler ein. Schließlich gibt es auch den umgekehrten Fall: Trotz

„betrieblichen Gatekeeper“ heute auf einem höheren Zertifikat. Sie sehen Hauptschüler inzwischen häufig als „normabweichende Minderheit“ an – unabhängig davon, ob sie für die zu vergebende Stelle geeignet wären oder nicht. ◀

* Quellen: Heike Solga und Laura Menze: Der Zugang zur Ausbildung: Wie integrationsfähig ist das deutsche Berufsbildungssystem?, Paula Protsch: Höhere Anforderungen in der beruflichen Erstausbildung?, beide in: WSI-Mitteilungen 1/2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Gut gelaunte Steuerzahler

Wer Steuern zahlt, fühlt sich besser. Darauf deutet eine empirische Studie hin.

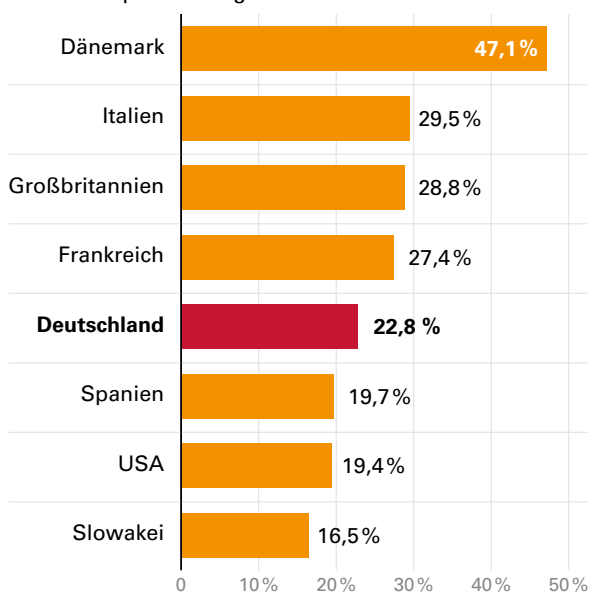
Wie sich staatliche Abzüge vom Einkommen auf das Empfinden der Steuerzahler auswirken, hat ein Forscherteam des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) untersucht. Das Ergebnis: Zwischen der Höhe von Einkommensteuern und Sozialbeiträgen und dem subjektiven Wohlbefinden besteht ein positiver Zusammenhang. Für ihre Analyse haben die Ökonomen Daten des Sozio-ökonomischen Panels aus den Jahren 1985 bis 2010 ausgewertet. Als Maß für das subjektive Wohlbefinden der Befragten dienten Antworten auf die Frage nach der allgemeinen Zufriedenheit. Auf diese Größe wirkt sich die Steuerbelastung auch dann positiv aus, wenn das Netto-Einkommen der Befragten konstant gehalten wird. Das heißt: Wer bei unverändertem Lebensstandard mehr Steuern zahlt, fühlt sich besser.

Die IZA-Wissenschaftler nennen mehrere mögliche Erklärungen für ihren Befund. Zum einen könnte eine höhere Steuerbelastung in der Wahrnehmung der Befragten mit einer besseren Versorgung mit öffentlichen Gütern einhergehen. Zum anderen sei denkbar, dass Präferenzen für Umverteilung oder soziale Sicherheit eine Rolle spielen. Auch Steuermoral könnte dazu beitragen, dass Abgaben an den Fiskus das Wohlbefinden erhöhen.

Tatsächlich scheinen mehrere dieser Faktoren zusammenzuwirken: Den Berechnungen zufolge wirken sich Steuern signifikant positiv bei Bürgern in der oberen Einkommenshälfte aus, die regelmäßig öffentliche Güter in Form kultureller Veranstaltungen in Anspruch nehmen. Keinen Einfluss hat die Steuerlast auf das Wohlbefinden derjenigen, die viel verdienen, aber solchen Veranstaltungen fernbleiben. Altruistische

Abgaben an den Staat

Die Steuerquote betrug 2011 in ...



Quelle: Bundesfinanzministerium 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Neigungen hingegen machten Steuerzahlungen attraktiv, so die Autoren. Das Gleiche gelte für die Angst vor Risiken, die bei Geringverdienern das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit erhöhe. Für Gläubige mit geringem Einkommen, die über die Kirchensteuer freiwillig zusätzliche Abgaben leisteten, also eine vergleichsweise ausgeprägte Steuermoral aufwiesen, sei ebenfalls ein positiver Effekt auf das Wohlbefinden nachweisbar. Stärker ausgeprägt als bei den Vergleichsgruppen sei dieser Effekt bei Wählern von linken Parteien und Ostdeutschen, denen die Forscher mehr Sympathie für Umverteilung attestieren. ◀

* Quelle: Alpaslan Akay u. a.: Happy Taxpayers? Income Taxation and Well-Being, SOEPpaper Nr. 526, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2012
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

WEITERBILDUNG

Lernen wird Teil der Arbeit

Der Trend zu neuen Formen der Qualifizierung schlägt sich auch in den Betriebsvereinbarungen zum Thema Weiterbildung nieder.

Betriebliche Weiterbildung beschränkt sich heute nicht mehr auf Seminare und Kurse. Zunehmend kommen arbeitsplatznahe Formen wie E-Learning, Jobrotation oder Qualitäts- und Lernzirkel zum Einsatz: „Qualifizierung wird ein Stück weit ‚entformalisiert‘, Arbeiten und Lernen gehen ineinander über“, schreiben Gerd Busse und Winfried Heidemann.

Die Sozialwissenschaftler haben Texte der Jahre 2004 bis 2011 aus dem Archiv Betriebliche Vereinbarungen der Hans-Böckler-Stiftung ausgewertet.* Im Vergleich zum Jahr 2005 hat der Archivbestand zum Thema deutlich zugenommen, von 244 auf 504 Vereinbarungen. Den Autoren zufolge könnte der Anstieg damit zusammenhängen, dass Betriebsräte dieses Thema zunehmend als Handlungsfeld entdecken. Wie wichtig arbeitsplatznahe Formen der Qualifizierung sind, zei-

ge sich daran, dass Weiterbildung meist Zusatzthema ist: 80 Prozent der Vereinbarungen regeln sie im Zusammenhang mit anderen Aspekten der betrieblichen Arbeitsbedingungen.

Darüber hinaus deute die Auswertung darauf hin, dass neben sehr kurzen auch sehr lange Formen der Weiterbildung wie beispielsweise ein berufsbegleitendes Studium an Bedeutung gewonnen haben. Ansonsten fänden sich insbesondere Regelungen zur Einführung neuer Hard- und Software sowie zur Qualifizierung in Kurzarbeit. Vereinbarungen zum allgemeinen Umgang mit Informationstechnologie spielten hingegen kaum noch eine Rolle. „Möglicherweise gehört der sichere Umgang mit Computer, Browser und E-Mail inzwischen zu grundlegenden alltäglichen Fertigkeiten wie Lesen und Schreiben“, vermuten Busse und Heidemann. ◀

* Quelle: Gerd Busse, Winfried Heidemann: Betriebliche Weiterbildung, 3. Auswertung, Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Bund-Verlag, Frankfurt am Main 2012
[Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

1998 – Generalprobe für den Kollaps

War die Gefahr eines Finanzmarktcrashs vor Ausbruch der Krise 2007 wirklich nicht absehbar?

Eine Studie zeigt: Bereits 1998 beim Zusammenbruch des Hedge-Fonds LTCM traten die Schwächen der laxen Regulierung zutage. Gelernt hat die Politik daraus nichts.

An den Hedge-Fonds Long-Term Capital Management (LTCM) zu erinnern lohnt nicht nur, weil seine Anlagestrategie 1998 beinahe das US-amerikanische Bankensystem in den Abgrund gestürzt hätte. Aufstieg und Fall des Fonds seien auch deshalb eine wichtige Episode der Wirtschaftsgeschichte, weil sich unter den elf Direktoren zwei besonders prominente Wirtschaftswissenschaftler befanden, schreiben Nigel Allington, John McCombie und Maureen Pike vom Cambridge Centre for Economic and Public Policy in ihrer Fallstudie.* Die beiden bekannten LTCM-Direktoren waren Robert C. Merton und Myron S. Scholes, die 1997 den Wirtschaftsnobelpreis für ihre Theorie zur Bewertung von Finanzderivaten bekommen hatten.

In den ersten drei Jahren seines Bestehens lieferte LTCM spektakuläre Renditen von 20, 43 und 17 Prozent. Das gelang vor allem durch den Einsatz von viel Fremdkapital. Anfang 1998 kamen zu den knapp fünf Milliarden Dollar Investoren-Einlage noch Kredite über fast 125 Milliarden Dollar hinzu, mit denen fleißig spekuliert wurde, so die Wissenschaftler. Im September 1998 war das Eigenkapital auf 600 Millionen Dollar geschrumpft, weil LTCMs Wetten auf die Kursentwicklung verschiedener Staatsanleihen nicht aufgegangen waren. Auf einen Dollar eigenen Geldes kamen nun 250 Dollar Schulden.

Rettender Staatseingriff. Da zu befürchten war, dass eine Pleite von LTCM eine Kettenreaktion auslöst, die das ganze US-Finanzsystem kollabieren ließe und die Weltwirtschaft erschüttern könnte, kam es schließlich zu einer groß angelegten Rettungsaktion unter Führung der US-Zentralbank. Ein Konsortium 14 großer Banken schoss 3,6 Milliarden Dollar Kapital nach und übernahm die Kontrolle über LTCM. Im Unterschied zu Lehman Brothers zehn Jahre später war LTCM zwar nicht „too big to fail“, so Allington und seine Koautoren, aber „too interconnected to fail“, also so stark vernetzt, dass eine Pleite im gesamten Finanzsystem Löcher gerissen hätte.

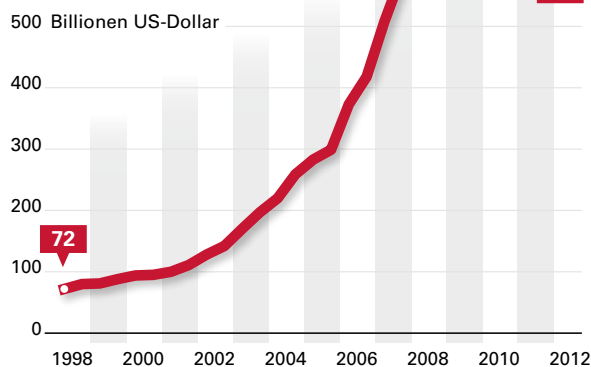
Lektion nicht gelernt. Die Probleme, die 2007 zur Immobilienkrise und bald zur Weltfinanzkrise führten, sind den Forschern zufolge im Fall LTCM schon klar erkennbar gewesen. Nämlich dass „Regulierung light“ zu nahezu unbegrenzter kreditfinanzierter Spekulation mit kaum mehr durchschaubaren „Finanzinnovationen“ führt – und dass am Ende staatliche Stellen einspringen müssen, um den Kollaps des Bankensystems zu verhindern. „Aber die Lektion fand keine Beachtung“, konstatieren die Wissenschaftler. Jedenfalls gelte das für die Politik, die keine Anstrengungen unternahm, die Regulierung zu verbessern. Bei Investment-Bankern und den Managern von Hedge-Fonds habe das LTCM-Debakel die Risikofreude möglicherweise sogar noch etwas gesteigert. Denn nun sei klar gewesen, dass im Ernstfall mit Hilfestellung zu rechnen ist. So war es für Finanzinstitute – nicht nur für Hedge-Fonds – 2008 „völlig normal“, mit dem Dreißigfachen des Eigenkapitals verschuldet zu sein.

Woher kommt das Vertrauen in unregulierte Märkte?

Zwei ökonomische Hypothesen halten die Autoren der Studie für ausschlaggebend. Die eine ist die These von der Markteffizienz, die von den meisten wichtigen politischen Entscheidungsträgern, einschließlich Zentralbankchef Alan Greenspan „unkritisch akzeptiert“ wurde. Die andere ist die Überzeugung, dass es an Finanzmärkten keine unberechenbaren Kursauschläge gibt. Die Wissenschaftler weisen in diesem Zusammenhang auf den eigentlich seit den 1920er-Jahren bekannten Unterschied zwischen Unsicherheit und Risiko hin. Unsicherheit bedeutet: Es ist definitiv nicht möglich zu sagen, ob und wann ein Ereignis, zum Beispiel ein Finanzcrash, eintreten könnte. Risiken dagegen lassen sich

Völlig losgelöst

Der Marktwert nicht börsengehandelter Derivate betrug weltweit ...



Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

mithilfe der Wahrscheinlichkeitstheorie berechnen, etwa mit den quantitativen Modellen von Merton und Scholes. Die Grundlage für solche Berechnungen sind frühere Kurschwankungen.

Das Problem der Unsicherheit geriet in Vergessenheit. Und so kalkulierte man nur noch Risiken. Bei LTCM sollte beispielsweise das Risiko für einen Verlust von 10 Prozent des Fondsvolumens in einem Jahr bei 15 Prozent liegen. Was dann tatsächlich geschah – 85 Prozent Verlust in fünf Monaten – kam in den Risikoeinschätzungen gar nicht vor. Aber selbst wenn man versucht hätte, mit den üblichen Daten und Finanzmodellen die Wahrscheinlichkeit eines solchen Absturzes zu berechnen: Dabei wäre herausgekommen, dass ein solches Ereignis „nur einmal im Leben mehrerer Universen“ vorkommen würde, so Allington, McCombie und Pike. ◀

* Quelle: Nigel F.B. Allington, John S.L. McCombie, Maureen Pike: Lessons not learned: from the collapse of Long-Term Capital Management to the subprime crisis, in: Journal of Post Keynesian Economics 4/2012

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,
Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp
Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

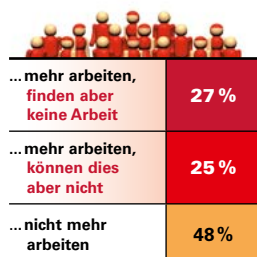
Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei
nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),
weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben
unter boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Mehr Arbeit erwünscht

Von den knapp 5 Millionen
ausschließlich als Minijobber
beschäftigten würden gerne ...

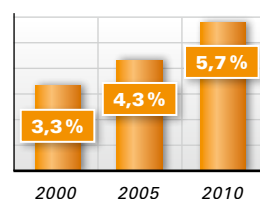


Statistisches Bundesamt, Februar 2013

BILDUNG

Leichter Aufwand für alter- native Hochschulzugänge

Der Anteil der Studien-
anfänger mit 2. oder
3. Bildungsweg* betrug ...

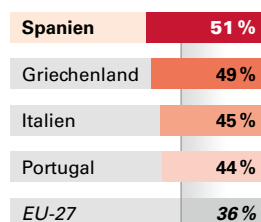


*2. Bildungsweg: Abendgymnasien oder
Kollegs, 3. Bildungsweg: Begabtenprüfung
oder berufliche Erfahrung; Autorengruppe
Bildungsberichterstattung, 2012

GENDER

Krise gefährdet Chancengleichheit

Die Wirtschaftskrise ver-
schärft die Diskriminierung
von Frauen auf dem
Arbeitsmarkt, sagen in ...



26.622 Befragte im Juni 2012
Eurobarometer, November 2012

GESUNDHEIT

Erst ins Netz, dann zum Arzt

Von 100 Internet-
Nutzern ...

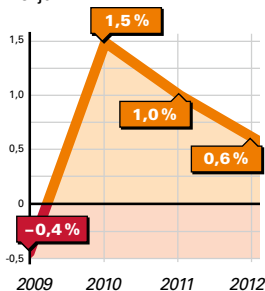


2.411 Befragte; Universitätsklinikum
Leipzig, Februar 2013

EINKOMMEN

Lohnanstieg flacht ab

So veränderten sich die
Reallöhne gegenüber dem
Vorjahr:

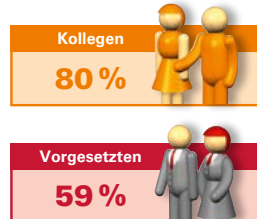


Statistisches Bundesamt, Februar 2013

ARBEITSWELT

Kollegen helfen eher als der Chef

Am Arbeitsplatz bekommen
Beschäftigte häufig Unter-
stützung von ...

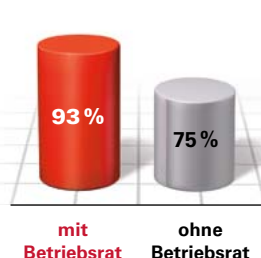


20.036 befragte Erwerbstätige
Bundesanstalt für Arbeitsschutz und
Arbeitsmedizin, Februar 2013

MITBESTIMMUNG

Schlauer mit Betriebsrat

Weiterbildung gibt es in
Großunternehmen ...

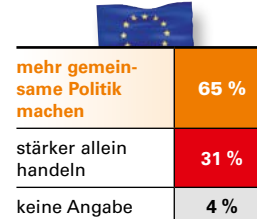


Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung, Dezember 2012

ZUFRIEDENHEIT

Bekenntnis zur Gemeinschaft

Die europäischen Länder
sollten in den kommenden
Jahren ...



1.007 befragte Wahlberechtigte in
Deutschland
Infratest Dimap, Februar 2013

► **ARBEITSWELT:** Der Schritt
in die Selbstständigkeit führt
oft in eine prekäre wirtschaft-
liche Existenz: Etwa 800.000
so genannte Solo-Selbststän-
dige in Deutschland erwirt-
schaften nur Einkommen im
Niedriglohnbereich, wie aus
einer Studie des Deutschen
Instituts für Wirtschaftsfor-
schung (DIW) hervorgeht. Al-
lerdings weichen die Einkünfte
der „Ein-Personen-Unter-

nehmen“ stark voneinander
ab. Während die Selbststän-
digen im oberen Einkommens-
drittel pro Stunde mehr als
19,84 Euro brutto verdienen,
kommt das untere Drittel ledig-
lich auf einen Stundenlohn
von höchstens 7,74 Euro. Die
zehn Prozent der Selbststän-
digen mit dem geringsten Ver-
dienst erwirtschaften weniger
als 4,58 Euro je Stunde. Zum
Vergleich: Bei den abhängig

Beschäftigten verdient das
untere Einkommensdrittel
im Schnitt 6,85 Euro in der
Stunde.

DIW Berlin, Februar 2013

► **BILDUNG:** Ein Drittel aller
Abiturienten in Deutschland
entscheidet sich gegen ein
Studium. Allerdings gibt es
regionale Unterschiede: Wäh-
rend in Bayern 80 Prozent stu-
dieren, sind es in Nordrhein-
Westfalen nur 60 Prozent. Das

Wissenschaftszentrum Berlin
(WZB) hat nun eine Erklärung
dafür gefunden. Demnach
hängt die Studienwahrschein-
lichkeit unter anderem vom
wirtschaftlichen Umfeld ab.
So sei die Studierneigung in
Städten und Landkreisen mit
besonders niedriger Arbeits-
losigkeit rund fünf Prozent hö-
her als in Gegenden mit sehr
vielen Arbeitslosen.
WZB, Januar 2013